

FREIBERUFLER-TICKER vom 17. April 2026

1. Erhalt des Studiengangs „Konservierung, Restaurierung, Grabungstechnik“ an der HTW Berlin

Im Zuge der im Dezember 2024 vom Berliner Senat beschlossenen Kürzungen im Hochschulbereich war geplant, den Studiengang „Konservierung, Restaurierung, Grabungstechnik“ an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) ab dem Wintersemester 2026/27 zu schließen. Dem haben der Verband der Restauratoren zusammen mit dem BFB und dem Verband Freie Berufe in Berlin mit einer gemeinsamen [Stellungnahme](#) und Briefen gegenüber dem Kulturstatsminister, dem Berliner Senat und der Hochschulleitung widersprochen. Im Ergebnis konnte das Vorhaben gestoppt werden, der Studiengang wird an der HTW Berlin erhalten bleiben.

2. Steuerdebatte: BFB und weitere Verbände warnen vor Mehrwertsteuer-Erhöhung

In einem gemeinsamen Brief an den Bundeskanzler begrüßen der Handelsverband Deutschland, der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen, der BFB und DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV zwar das Ziel, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger steuerlich zu entlasten – lehnen eine Gegenfinanzierung über eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent jedoch ab. Eine solche Maßnahme würde Preise weiter treiben, den Konsum schwächen und den Standort Deutschland zusätzlich belasten. Stattdessen fordern die Verbände ein wachstumsorientiertes Gesamtkonzept: niedrigere Lohnnebenkosten durch eine Deckelung der Sozialabgaben, spürbare Entlastungen bei den Energiekosten sowie einen konsequenten Abbau von Bürokratie. Klar sei: Strukturreformen statt neuer Belastungen sind jetzt entscheidend. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

3. BFB beim Netzwerktreffen für Unternehmerinnen im BMW

Gitta Connemann MdB (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, eröffnete am 15. April 2026 das neunte Netzwerktreffen des Aktionsplans „Mehr Unternehmerinnen für den Mittelstand“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) in Berlin. Sie dankte allen 50 Beteiligten des neu aufgelegten Aktionsplans für ihr aktives Engagement, um die Rahmenbedingungen für selbstständige Frauen und Unternehmerinnen zu verbessern. Für den BFB war Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki dabei. Der Aktionsplan wurde zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode thematisch neu aufgestellt. Die über 60 Maßnahmen zielen darauf, mehr Frauen für die berufliche Selbstständigkeit und Unternehmensübernahmen zu begeistern. Mit ihren Leistungen, vielfältigen und kreativen Aktivitäten setzen die verantwortlichen Akteurinnen und Akteure zugleich ein zuversichtliches Signal in die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die 41 bisher beteiligten Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner verstetigen ihr Engagement und intensivieren ihre Maßnahmen. Neun weitere leistungsstarke Organisationen verstärken ab sofort die Initiative. Das geht aus einer [Pressemitteilung](#) des BMW vom 15. April 2026 hervor.

4. Kreditnachfrage: Mittelstand wird zurückhaltender

Immer weniger mittelständische Unternehmen interessieren sich für eine Kreditaufnahme bei ihrer Bank oder Sparkasse: 27 Prozent der Mittelständlerinnen und Mittelständler in Deutschland sind grundsätzlich bereit, einen Bankkredit zur Investitionsfinanzierung aufzunehmen – das ist der niedrigste Wert seit zehn Jahren. 2023 zogen noch 42 Prozent, 2017 sogar 66 Prozent eine Kreditfinanzierung in Betracht. Das sind Ergebnisse einer Sonderbefragung zum KfW-

Mittelstandspanel vom Januar 2026, die am 14. April 2026 [veröffentlicht](#) wurden. Für das Mittelstandspanel werden kleine und mittlere Unternehmen sämtlicher Wirtschaftszweige mit einem Jahresumsatz von bis zu 500 Millionen Euro befragt. Laut der Autorinnen und Autoren möchten sich vor allem Kleinst- und Dienstleistungsunternehmen nicht verschulden und dürfte die unsichere wirtschaftliche Lage eine Hauptursache für die Entwicklung sein.

5. Vorschläge zum Bürokratieabbau

Die von der Bundessteuerberaterkammer geforderten Anpassungen der Abgabenordnung und der Gewerbeordnung sind laut Bundesregierung in Bearbeitung. Das geht aus ihrer Antwort ([21/5244](#)) auf eine Kleine Anfrage hervor, über die der Deutsche Bundestag am 14. April 2026 informierte. Demnach werde die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Unternehmensgründungen im Sinne eines „One-Stops-Shops“, der das „Once-Only-Prinzip“ umsetzt, und die damit verbundene Beschleunigung des Gründungsprozesses „derzeit von der Bundesregierung vorangetrieben“.

6. Regionale Arbeitsmarktprognosen 2026: In den meisten Bundesländern sinkt die Beschäftigung

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erwartet 2026 in zehn der 16 Bundesländer und mehr als der Hälfte der Agenturbezirke einen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich in 13 der 16 Bundesländer und rund drei Viertel der Agenturbezirke weiter steigen. In Ostdeutschland wird ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte auf acht Prozent prognostiziert, für Westdeutschland eine Stagnation bei sechs Prozent. Das geht aus der Ende vergangener Woche [veröffentlichten](#) IAB-Regionalprognose hervor. Für 2026 rechnet das IAB erstmals seit 2009 mit einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Anstiege werden demnach nur noch in Hamburg mit 0,5 Prozent, in Niedersachsen mit 0,3 Prozent sowie in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg mit jeweils 0,1 Prozent erwartet. Die stärksten Rückgänge werden für das Saarland mit 1,2 Prozent und Sachsen-Anhalt mit einem Prozent prognostiziert. Die Beschäftigung stagniert 2026 voraussichtlich in kreisfreien Großstädten. In städtischen Kreisen und dünn besiedelten ländlichen Kreisen geht der Beschäftigungsrückgang weiter.

7. Vorläufige Bilanz des Ausbildungsmarkts zum Jahresende 2025

Wie das Statistische Bundesamt am 15. April 2026 [mitteilte](#), sank 2025 die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der dualen Berufsausbildung leicht um 2,8 Prozent auf rund 461.800. Bei den Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen handelt es sich um die Auszubildenden mit Neuvertrag, die sich zum 31. Dezember 2025 in Ausbildung befanden. Wie auch in den Vorjahren begannen deutlich mehr Männer (64 Prozent) als Frauen (36 Prozent) eine duale Ausbildung. Im Bereich der Freien Berufe zeigt sich ein besonders hoher Frauenanteil: Rund 89 Prozent der neuen Auszubildenden sind weiblich. Über alle Ausbildungsjahrgänge hinweg befanden sich zum Jahresende 2025 rund 1.207.900 Personen in einer dualen Berufsausbildung. Damit sank die Gesamtzahl der Auszubildenden im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,8 Prozentpunkte. Bei den Freien Berufen befanden sich Ende 2025 etwa 113.100 Personen in einer Ausbildung. Damit gehören die Freien Berufe zu den stabilen Ausbildungsbereichen auf dem dritten Platz nach Industrie und Handel sowie Handwerk. Das Bundesinstitut für Berufsbildung attestierte den Freien Berufen ein Wachstum von 4,6 Prozent bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zum 30. September 2025.

8. Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Wie das Statistische Bundesamt am 13. April 2026 [mitteilte](#), lebten 2025 in Deutschland rund 21,8 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte, was 26,3 Prozent der Bevölkerung entspricht. Davon sind etwa 16,4 Millionen selbst eingewandert, während rund 5,4 Millionen in Deutschland geborene Nachkommen sind. Von den 16,4 Millionen in Deutschland lebenden Eingewanderten 2025 wurden 6,3 Millionen (39 Prozent aller Eingewanderten) in einem der folgenden fünf Länder geboren: Polen (1,5 Millionen), Türkei (1,5 Millionen), Ukraine (1,3 Millionen), Russische Föderation (eine Million) und Syrien (eine Million). Dabei ist die Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte im Durchschnitt jünger als die ohne Einwanderungsgeschichte. Unter den jungen Eingewanderten ist der Anteil mit akademischem Abschluss (33 Prozent) ähnlich hoch wie in der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe (34 Prozent), jedoch haben 36 Prozent keinen beruflichen Abschluss und befanden sich weder in Bildung noch in Ausbildung.

9. Anteil der Eltern mit Elterngeld Plus auf Höchststand

Wie das Statistische Bundesamt am 16. April 2025 [mitteilte](#), bezogen rund 2025 1,61 Millionen Menschen in Deutschland Elterngeld, was einem Rückgang von 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Anteil der Väter lag bei 25,9 Prozent und blieb damit nahezu unverändert, während weiterhin überwiegend Frauen Elterngeld beziehen. Dabei stieg die Nutzung von Elterngeld Plus deutlich an und erreichte mit 40,3 Prozent einen neuen Höchststand. Die durchschnittliche Dauer des geplanten Elterngeldbezugs lag bei den Frauen unverändert bei 14,9 Monaten. Zum Hintergrund: Das Elterngeld Plus fällt monatlich niedriger aus als das sogenannte Basiselterngeld, wird dafür aber länger gezahlt. Arbeiten beide Elternteile parallel in Teilzeit, können mit dem Partnerschaftsbonus bis zu vier zusätzliche Monate Elterngeld Plus in Anspruch genommen werden.

10. Auswertung zur Altersvorsorge

Neue Auswertungen des [DIW Berlin](#) zeigen, dass private Altersvorsorge in Deutschland ungleich verteilt ist und viele Bevölkerungsgruppen nicht erreicht, so berichtet das Institut in seiner [Pressemitteilung](#) vom 15. April 2026. Besonders Geringverdienende, Menschen mit geringerer Bildung sowie Personen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien sorgen deutlich seltener zusätzlich vor. Dadurch verstärkt private Vorsorge bestehende soziale Ungleichheiten im Alter, statt sie auszugleichen. Freiwillige Systeme wie Riester-Verträge oder Teile der betrieblichen Altersvorsorge erreichen bislang nicht die notwendige Breite, um Versorgungslücken zu schließen. Die Studienautorinnen und Studienautoren plädieren daher für stärker strukturell verankerte Modelle ergänzender Altersvorsorge.

11. Große Mehrheit wünscht sich digitale Technik, Software und Services aus Europa

Eine Ende vergangener Woche [veröffentlichte](#) Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom zeigt, dass die Deutschen den Aufbau eigener digitaler Kapazitäten und Angebote für dringend notwendig halten. 93 Prozent halten Deutschland bei digitalen Technologien für abhängig von anderen Ländern. 79 Prozent fordern, Deutschland solle stärker in digitale Schlüsseltechnologien investieren. Und so gut wie alle (99 Prozent) finden es wichtig, dass Deutschland bei digitalen Technologien insgesamt unabhängiger wird. Ein Drittel der Menschen in Deutschland (34 Prozent) hat sich bereits bewusst für einen digitalen Dienst oder ein digitales Gerät aus Europa entschieden. Weitere 27 Prozent haben sich darüber zumindest schon einmal Gedanken gemacht. 34 Prozent sagen, dass sie darüber bislang noch nicht nachgedacht haben. 55 Prozent erscheint der Wechsel zu europäischen Anbietern oft zu aufwändig.

12. Studie zur Nutzung digitaler Medien von Kindern und Jugendlichen

Am 13. April 2026 wurde das [Gutachten](#) des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zur Nutzung digitaler Medien von Kindern und Jugendlichen veröffentlicht. Die Studie zeigt, dass Kinder und Jugendliche soziale Medien sehr intensiv nutzen und sich dadurch häufig beim Lernen ablenken lassen. Ein hoher Social-Media-Konsum steht in Zusammenhang mit schlechteren schulischen Leistungen, insbesondere in Lesen und Mathematik. Zudem wird über negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit berichtet, wie Stress, Angst und geringeres Wohlbefinden. Besonders betroffen sind Kinder aus sozial benachteiligten Familien, wodurch sich Bildungsungleichheiten verstärken. Die Autorinnen und Autoren empfehlen mehr Medienkompetenzbildung sowie strengere Regeln für Plattformen, um einen gesünderen Umgang mit sozialen Medien zu fördern.

